

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB fordert, die Probleme Bayerns und Baden-Württembergs in die Programmdiskussion aufzunehmen: Die SPD südlich der Main-Linie nicht abschreiben.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB appelliert an die Rüstungsklausurtagung des Verteidigungsministeriums: Jäger 90-Projekt darf nicht starten.

Seite 4

Dagmar Luuk MdB verurteilt den Umgang der chilenischen Junta mit einem prominenten Kritiker: Das Schicksal des Clodomiro Almeida.

Seite 5

Ottmar Schreiner MdB kritisiert die Reaktion von Umweltminister Töpfer auf die Störfälle in Cattenom: Verharmloser vom Dienst.

Seite 6

42. Jahrgang / 125

7. Juli 1987

Die SPD südlich der Main-Linie nicht abschreiben

Die Probleme Bayerns und Baden-Württembergs müssen in die Programmdiskussion aufgenommen werden

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD

Wir sollten uns davor hüten, die „Milfeu-SPD“ gegen eine „Modernitäts-SPD“ auszuspielen. Der gesamten Sozialdemokratie ist nicht dabei geholfen, Erfolgsrezepte der einen Region anderen Regionen der Republik als alleinseligmachende göttliche Eingebung aufzudrücken.

Das Nord-Süd-Gefälle der SPD-Prozente ist kein neues politisches Phänomen, es wurde schon während der Gründerjahre der Bundesrepublik immer wieder deutlich. Inzwischen hat sich diese Nord-Süd-Drift verschärft und zu einem entscheidenden konzeptionellen Problem der Bundes-SPD entwickelt. Deshalb ist der Sozialdemokratie nicht gedient, wenn in nördlichen und westlichen Parteibezirken oft mokant und bestenfalls mitleidig über „die Habenichtse der südlichen Verwandtschaft“ gelächelt wird.

Die Ursachen des verschärften sozialdemokratischen Nord-Süd-Gefälles liegen im ökonomischen Bereich: Die Dynamik des Wirtschaftswachstums hat sich vom Norden nach Süden, die SPD-Ergebnisse haben sich genau umgekehrt entwickelt. Je südlicher von der Main-Linie, wurde die SPD in den Gegenden mit günstiger Branchenstruktur und weniger Arbeitslosigkeit von Wahl zu Wahl schwächer oder stagnierte bestenfalls. Ein Gesetz, das lediglich durch kommunalpolitische „Ausreißer“ durchbrochen wurde.

Die eigentliche Ursache liegt nicht in einer abnehmenden Einsatzbereitschaft der SPD-Mitglieder im Süden - auch wenn ausbleibende Erfolge an die Nerven gehen. Das Tief im Süden ist auf ein Parteiprofil zurückzuführen, das in strukturell gebeutelten Regionen rauschende SPD-Erfolge ermöglicht, im Süden aber wenig Siegeschancen läßt. Die SPD besitzt unbestritten sozialpolitische Kompetenz. Zu Recht ist die überzeugende Schutzfunktion der deutschen Sozialdemokratie ausschlaggebend für die beeindruckenden Wahlerfolge in Ländern oder Regionen mit großen wirtschaftlichen Strukturproblemen. Doch was in Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saar-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung
zur sozialen Arbeit
Recht der SPD



land ausschlaggebend ist, um mit attraktiven Spitzenkandidaten absolute Mehrheiten zu erringen, oder in Niedersachsen oder Ostbayern, um kräftig zuzulegen, gibt der südlichen SPD immer wieder Schubkraft.

Ihre soziale Schutzkompetenz ist auch im Süden der Republik in Regionen mit hohen Wachstumsbranchen für die SPD-Stammwähler ein entscheidendes Wahlmotiv. Beispielsweise gibt es im Großraum München mehr als 400.000 Familien mit Brutto-Familieneinkommen unter DM 4.000; wie sollen diese Familien die hohen Mieten von DM 1.000 bis 1.500 verkraften? Aber die SPD wird im Süden keinen Erfolg und damit im Bund keine Machtperspektive haben, wenn sie sich weiter an der Tatsache vorbeimogelt, daß ihre Sozialkompetenz bei einem beträchtlichen Teil der traditionellen Arbeiterschaft und bei einem noch größeren Anteil der Angestelltenschaft nicht mehr als Wahlmotiv ausreicht. Dieses Dilemma wird in dem Maße größer, je mehr der Angestelltenbereich anteilmäßig in der Arbeitnehmerschaft zunimmt. Und genau dieser soziale und politische Prozeß ist in den High-Tech-Regionen Süddeutschlands stark ausgeprägt. Hier liegt die wichtigste Ursache für die prozentualen Einbrüche der SPD in Südbayern wie im mittleren Neckarraum.

Die Südschiene kann diesen Erkenntnissen allein durch ein regional eigenständiges Parteiprofil nicht wirkungsvoll Rechnung tragen. Der Einfluß lokaler und regionaler programmatischer Akzente auf das Parteiprofil im Bewußtsein der Wähler ist sehr begrenzt. Mindestens ebenso entscheidend sind - regional - das Erscheinungsbild, die programmatische Kontur, die Themen, die eine Partei auf Bundesebene über die Medienrampe bringt: Vor allem das, was über „Tagesschau“ und „Heute“ jeden Abend über die Bonner Parteien in die Wohnzimmer flimmert.

Es ist atemberaubend, wie folgenlos bisher die einfache Wahrheit blieb, daß das politische Bewußtsein in Regionen mit vier Prozent Arbeitslosigkeit nicht total mit dem sich decken kann, was in Montanregionen oder Werftregionen mit 15 Prozent Arbeitslosigkeit dominiert.

Die Wahlen können im Süden nicht entschieden werden, wenn diese Erkenntnisse nicht durch programmatische und thematische Akzente der Bundes-SPD berücksichtigt werden. Wer im Süden weiterhin mit einem Parteiprofil antritt, das nur für den Norden „maßgeschneidert“ ist, schreibt die SPD südlich des Mains ab.

Was sind die Konsequenzen, wenn die SPD die Frust-Spirale im Süden umdrehen und die Machtperspektive für Bonn will?

Im Süden liegt das Thema „Bedrohung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen“ vor der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit. Bayern und Baden-Württemberg haben Spitzenwerte beim Waldsterben, auch bei der Atemerkkrankung, bei Hautallergien und Pseudokrapp. Ökologische Lösungskompetenz ist hier politisch noch entscheidender als in den strukturschwachen Regionen.

Ökologische Handlungskompetenz kann die Bundes-SPD aber nur erfolgreich vermitteln, wenn sie die existentiellen Umweltfragen sichtbar mit positiven technologiepolitischen Perspektiven verbindet. Vor allem in den südlichen Wohlstandsregionen mit ihrer Spitzentechnologie ist das Bewußtsein besonders ausgeprägt, daß der ökologische Durchbruch zur Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nur dann möglich ist, wenn wir konsequent auf neue, also gezielt umweltverträgliche Produktionstechnologien, Energietechnologien sowie eine natur- und menschenverträgliche Produktionsinnovation setzen. Wer hier mit positiven Visionen vorangeht, dem traut man auch am ehesten die wirtschaftliche Zukunftssicherung zu. Ökologische Lösungskompetenz ist insofern von Technologie und wirtschaftspolitischer Handlungskompetenz nicht mehr zu trennen.

Das Profil der SPD ist in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch zu einseitig durch ihre großen technologiepolitischen Neins bestimmt, zum Beispiel ihrem richtigen Nein gegen den weiteren Marsch in den Atom- und Plutoniumstaat.



Die SPD muß ihrem Nein zum Plutoniumstaat ihr Ja zur ökologisch geradezu faszinierenden Perspektive einer solaren Wasserstoffwirtschaft als neuem Energieträger der Zukunft gleichgewichtig gegenüberstellen. Und damit all das Positive, was sich aus einem daran anschließenden Energie- und Technologieverbund entwickeln ließe. Durch positive Anwendung der Mikroelektronik können riesige Energiespar-Potentiale gewonnen werden.

Wer Atomkraftwerke aus dem Netz nehmen will, kann nicht nur die Kohleversorgung dagegen setzen, sondern zum Beispiel auch eine Zukunftstechnologie wie die Supraleitung über keramische Substanzen, die 15 Prozent der Stromverluste bei Überlandtransporten einsparen kann. Zudem könnte damit ein Großteil der Hochspannungsleitungen aus unserer Landschaft verschwinden.

In der Verkehrspolitik zum Beispiel sollte jetzt eine umfassende Weichenstellung für ein modernes Streckennetz und kombiniertes Verkehrssystem der Bundesbahn propagiert werden. Der halbherzige Bau einzelner Schnellbahn-Trassen wird den Gewichtsverlust der Bundesbahn innerhalb unseres Verkehrssektors nicht stoppen. Die SPD muß die umweltpolitische Klage über die verheerenden Emissionen des Individualverkehrs und das daraus abgeleitete Tempolimit um das positive Ziel ergänzen, daß die Bundesrepublik künftig die umweltfreundlichsten Autos der Welt bauen sollte. Bisher blieb das sozialdemokratische Verhältnis zum PKW politisch recht diffus. Obwohl natürlich keiner im Ernstfall darauf verzichten will.

Die SPD muß also im öffentlichen Bewußtsein nicht nur ihre großen Neins, sondern vor allem ihre großen positiven technologischen Zukunftsperspektiven der „ökologischen Erneuerung in dieser Industriegesellschaft“ verankern. Die SPD muß diese Perspektiven aus ihrem Wertesystem eines humanen und naturverträglichen Fortschritts entwickeln.

Auch in der Abgrenzung zur reinen Anprangerungs-Strategie der Grünen und der wertlosen Markt- und Technologieanpassung der Süd-CDU und der CSU gewinnt sie ihre Identität. Denn offensive, aber wertlose Technologiepolitik wird heute vor allem im Süden der Republik getrieben, auch wenn man sich ein durchsichtiges umweltpolitisches Mäntelchen umhängt: Man übertrifft sich im Schmieden neuer Rüstungskonzerne im High-Tech-Bereich, setzt voll auf mehr Kernenergie und Plutoniumstaat oder ranommiert mit SDI-Aufträgen.

Während Franz Josef Strauß aus Bayern den modernsten Staat Europas machen will, wollen wir bayerischen Sozialdemokraten Europa gerade nicht „am bayerischen Wesen genesen“ lassen, sondern vielmehr aus Bayern einen der menschenfreundlichsten Staaten schaffen, der nicht durch seine unmäßigen Waffenexporte, sondern durch seine Friedfertigkeit und Umweltverträglichkeit auffällt.

Dafür brauchen wir die „programmatische Luft“ im neuen Parteiprogramm.

Was die SPD dieser menschenfeindlichen Industriepolitik, die ohne Menschlichkeit und mit großer Kälte „gepusht“ wird, entgegensetzen muß, ist nicht nur ihr Nein. Die SPD muß gerade in der Technologiepolitik durch greifbare positive Visionen dem neokonservativen wertlosen Fortschrittsbegriff den Neuen Fortschritt entgegensetzen: Ein Fortschritt, der den Menschen respektiert und nicht makabre Restrisikos für tausende Menschen und die Verseuchung vieler Regionen auf Jahrhunderte zu einem mathematischen Problem wegdiskutiert. Die „ökologische Erneuerung“ muß getragen sein von einer Technik, die den Fehler des Menschen erlaubt - ohne Katastrophen auszulösen, die in die Schöpfung eingreifen. Diese Technik muß dem Menschen dienen, sie muß fehlerfreundlich sein, weil sie nur dann humanen Fortschritt bringen kann. (-/7.7.1987/vo-he/rs)

* * *



Jäger 90-Projekt darf nicht starten

Die Rüstungsklausurtagung sollte das Vorhaben wegen der
abenteuerlichen Kostensteigerungen fallen lassen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Die heute beginnende zweitägige Rüstungsklausurtagung des Verteidigungsministeriums wäre gut beraten, das Jäger 90-Projekt fallen zu lassen, bevor es zum haushaltspolitischen Desaster wird. Bereits jetzt wird mit über sieben Milliarden DM Entwicklungskosten und einem Systempreis von 100 Millionen DM gerechnet.

Die bisher von mir mehrfach geäußerte Kritik an diesem Projekt nährte sich aus zwei Quellen: Sicherheitspolitische Bedenken - sprich: der Jäger würde so defensiv nicht sein, wie oft verheißen - und Befürchtungen, die sich am eingebauten Preissteigerungspotential festmachen. Letztere dominieren nun eindeutig. Die Erwartungen, daß unscharfe Rollendefinition für das Flugzeug und unge löste Probleme einer Vier-Länder-Kooperation mit Partnern divergierender Interessen und unterschiedlicher industrieller Kapazität zu einer ganz besonderen Belastung der Verteidigungshaushalte führen würden, sind noch erheblich übertroffen worden.

Auch die schärfsten Kritiker haben nicht voraussehen können, daß der Gerätesystempreis für einen Jäger 90 von 75 Millionen in 1984 auf 100 Millionen in 1987 - also um 33 Prozent - ansteigen würde. Hält diese Entwicklung an - und nichts spricht prinzipiell dagegen - wird das Programm Jäger 90 nach 15jähriger Planungs- und Entwicklungszeit abenteuerliche finanzielle Belastungen zeitigen.

Diese Perspektive wird offenbar auch vom britischen Verteidigungsministerium geteilt: Dort wird ernsthaft erwogen, die Zahl der zu bestellenden Jäger von 260 auf 130 zu reduzieren. Damit wäre die Hoffnung auf Stückpreisermäßigung durch eine größere Serie vollends gegenstandslos.

Unsere Luftwaffe scheint mit der Beschaffung von Jägern 90 in der von ihr geforderten Zahl noch in diesem Jahrhundert auch nicht mehr zu rechnen. Deswegen studiert man - mehr oder weniger heimlich - die Entwicklungs- und Produktionsunterlagen für das in den USA eingestellte Programm Northrop F 20, vorgeblich um eine Option für das Füllen der „Jägerlücke“ zu haben.

Nur Mut: Ein solches Programm würde zu größerer Spezialisierung auf die Luftverteidigung führen, nur ein Bruchteil der Kosten erfordern - circa ein Drittel der für den Jäger 90 heute geschätzten - und diesen am Ende schlicht überflüssig machen.

(-/7.7.1987/vo-he/rs)

* * *



Das Schicksal des Clodomiro Almeida

Wie die chilenische Junta mit einem prominenten Kritiker umgeht

Von Dagmar Luuk MdB

Die jüngsten Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um die 14 vom Vollzug des Todesurteils betroffenen Chilenen haben gezeigt, daß die Republik Chile weit davon entfernt ist, eine Demokratie mit rechtsstaatlicher Sicherheit für ihre Bürger zu sein.

Für viele Chilenen gehört die Erfahrung erlittenen Unrechts zum Alltag, wie das Schicksal von Clodomiro Almeida zeigt. Clodomiro Almeida, Rechtsanwalt, Professor der Philosophie und Soziologie, ehemaliger Außenminister Chiles, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, hat sich am 24. März 1987 freiwillig dem Chilenischen Gerichtshof gestellt mit der Absicht, das legitime Recht eines jeden Chilenen frei in seinem Land zu leben, zu verteidigen.

Nachdem sich eine Anklage der Unterschlagung öffentlicher Gelder, die 1973 nach dem Putsch gegen Almeida erhoben worden war, als gegenstandslos erwiesen hatte, verfügte der Richter H.H. Brito seine Freilassung auf Bewährung aus der Haft. Am selben Tag, dem 24. März 1987, wurde er bei Verlassen des Obersten Gerichtshofes erneut von der Polizei verhaftet und in die Verbannung nach Chilechico - den südlichsten und unwirtlichsten Teil Chiles - geschickt.

Die Militärdiktatur hatte seine Verbannung auf dem administrativen Wege verfügt. Diese Strafe beschränkte sich auf drei Monate. Nach Beendigung der Verbannung, mußte er nach Santiago zurückkehren, wo er erfuhr, daß erneut Anklage gegen ihn erhoben wurde. Das Militärregime beschuldigte ihn der illegalen Einreise in das Land und zudem, „Aktivist des Terrorismus und der Gewalt“ zu sein.

Wegen dieser beiden Anklagepunkte wurde er erneut verhaftet und in das Gefängnis von Santiago gebracht. In der chilenischen Hauptstadt hat mittlerweile der Prozeß gegen ihn begonnen. Die Militärjunta beabsichtigt, Clodomiro Almeida „vom Verfassungsgericht“ die bürgerlichen Rechte aberkennen zu lassen. Außerdem erwartet ihn eine Haftstrafe, die sich zwischen fünf und 15 Jahren bewegt. Zusammen mit der Sozialistischen Partei Chiles (Auslandsorganisation in Berlin) habe ich aufs schärfste gegen die unrechtmäßige und willkürliche Behandlung von Clodomiro Almeida protestiert und die Regierung in Chile aufgefordert, ihn nach den Grundsätzen der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu behandeln.

(—/7.7.1987/rs/fr)

* * *



Verharmloser vom Dienst

Zum Umgang von Umweltminister Töpfer mit Cattenom

Von Ottmar Schreiner MdB

Bundesumweltminister Töpfer entwickelt sich immer mehr zum Beschöniger und Verharmloser vom Dienst. Wenn Töpfer nunmehr auf entsprechende schriftliche Parlamentsfragen von mir antwortet, er wolle sich weiter dafür einsetzen, „daß die Vergleichbarkeit des Sicherheitsstandards bei deutschen und französischen (Kern)kraftwerken auch in Zukunft erhalten bleibt“, dann hat Töpfer entweder keine Ahnung oder er verdreht bewußt die Wahrheit. Jedermann weiß schließlich, daß die französischen Atomkraftwerke zum Beispiel nicht gegen den Absturz größerer Flugzeuge gesichert sind.

Die Antwort zeigt aber auch, daß die Bundesregierung offenkundig nichts zu unternehmen gedenkt, um bei der französischen Regierung zumindest auf eine massive Reduzierung der in Cattenom insgesamt geplanten vier Blöcke à 1.300 MW hinzuwirken. Die Gelegenheit dazu ist angesichts der inzwischen auch von der Betreibergesellschaft EdF selbst eingeräumten französischen Atomstromüberkapazitäten günstiger denn je.

Wenn die Bundesregierung zudem mit Schreiben von Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Riedi vom 1. Juli 1987 erneut darauf hinweist, daß die Entscheidung über Stromimporte von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Rahmen ihrer Verantwortung für eine ausreichende und preisgünstige Versorgung getroffen werde, dann ist dies angesichts der Dumpingpreise von EdF eine fast schon unverhüllte Aufforderung an deutsche EVUs, sich in Cattenom wohlfeil einzukaufen.

Die französische Betreibergesellschaft hat allen Grund zur Freude: Sie hat in Minister Töpfer einen deutschen Betreibergesellen gefunden, der - ehrenhalber, wie anzunehmen ist - seinen Teil dazu beisteuern will, die Atomzentrale Cattenom in der Bundesrepublik salonfähig zu machen. Betreibergemeinschaft ist auch Verantwortungsgemeinschaft. Daran zu erinnern, gebietet schon die Tatsache, daß die Atomzentrale Cattenom nach inzwischen sechs Abschaltungen zum permanenten Störfall geworden ist.

(-/7.7.1987/vo-he/rs)

* * *

